Friesenrat – Fräsche Rädj – Sektion Nord e.V.

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
Postfach 7121
24171 Kiel

Risem-Loonham, di 16.04.2004
Risum-Lindholm, den

Geschäftszeichen

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 15/4423

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit im Namen des Friesenrates (Sektion Nord) zum Gesetzentwurf für ein Friesisch-Gesetz Stellung zu nehmen.

Zu aller erst möchte ich vorausschicken, dass wir das Gesetz uneingeschränkt begrüßen und es als einen wichtigen Schritt in der europäischen Minderheitenpolitik sehen.

Minderheitenregelungen in Gesetze zu fassen, ist in Europa gängige Praxis und damit schließt sich das Land Schleswig-Holstein dieser Praxis an. Wie in der Präambel zum Gesetzentwurf beschrieben, hat das Land Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung für die friesische Bevölkerungsgruppe, da es sich bei den Friesen um eine Minderheit ohne eigenen Staat handelt. Wir meinen, dass der vorliegende Gesetzentwurf, die Möglichkeit bietet, in Bezug auf Friesisch im öffentlichen Raum dieser Verantwortung gerecht zu werden, obwohl hiermit kaum neue finanzielle Verpflichtungen zum Schutz und zur Förderung des Friesischen - speziell auf kommunaler Ebene - eingegangen werden.

Als Friesenrat möchten wir darüber hinaus darauf aufmerksam machen, dass die Bestimmungen, die sich auf das Sichtbarmachen der friesischen Sprache beziehen, dazu beitragen können, dass die Akzeptanz für das Friesische auch in der Mehrheitsbevölkerung steigt, weil man als „Außenstehender“ Friesisch (mit)erleben kann. Gleiches gilt natürlich auch für Gäste, die in die stark von Touristen frequentierte Region Nordfriesland und auf die Insel Helgoland kommen. Sie erleben Nordfriesland und Helgoland dadurch, dass das touristische Alleinstellungsmerkmal „friesische Sprache“ sichtbar gemacht wird, als etwas

Unverwechselbares. Damit stellt die Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum auch mittelbar eine Förderung des Tourismus in Nordfriesland und auf Helgoland dar.

Zu den Regelungen im Einzelnen nehme ich wie folgt Stellung:

§ 1 Dass die Nutzung der friesischen Sprache nun erstmals formell offiziell erlaubt wird, wird vom Friesenrat begrüßt. Während man Dänisch (als Fremdsprache, sowie aufgrund der Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch als Minderheitensprache) und Plattdeutsch (aufgrund der Sprachencharta als Regionalsprache) schon vor Behörden gebrauchen darf, besteht hier noch eine Regelungslücke für das Friesische. Eine Gleichbehandlung aller Regional- und Minderheitensprachen des Landes ist daher nur folgerichtig.

Die Möglichkeit zur Abfassung zweisprachiger Formulare ist europäischer Standard und im Sinne der aktiven Sprachförderung zu begrüßen. Wir regen aber an, dass auch die Möglichkeit eröffnet wird, öffentliche Bekanntmachungen zusätzlich auch in friesischer Sprache zu veröffentlichen. Wir schlagen deshalb für den § 1 (3) folgende Formulierung vor: „Die Behörden können offizielle Formulare und öffentliche Bekanntmachungen im Kreis Nordfriesland und auf der Insel Helgoland zweisprachig in deutscher und in friesischer Sprache abfassen.“

§ 2 Die Berücksichtigung von Friesischkenntnissen als Einstellungskriterium sieht der Friesenrat schon lange als Selbstverständlichkeit an. Erstmals wird durch diesen § 2 festgestellt, dass Friesisch als Einstellungskriterium berücksichtigt werden darf. Dies wird von uns außerordentlich begrüßt. Wir gehen davon aus, dass jede konkrete Tätigkeit in einer Verwaltung in Nordfriesland und auf Helgoland auch Kenntnisse des Friesischen voraussetzen kann und daher Friesischkenntnisse konsequenterweise auch bei der Einstellung jedes Bediensteten im Öffentlichen Dienst als ein Auswahlkriterium zu berücksichtigen sind.

§ 3 Bisher gibt es keine Regelungen zu Beschilderungen an öffentlichen Gebäuden. Daher besteht die Unsicherheit, ob eine zweisprachige Beschilderung erlaubt ist oder nicht. Deshalb ist eine solche rechtliche Klarstellung sehr zu begrüßen. Gleiches gilt im Übrigen auch für die Bestimmungen in den §§ 4 und 5. Die zweisprachige Beschilderung an öffentlichen Gebäuden wirkt nicht nur identitätsstiftend, sondern gerade auch sprachfördernd. Allerdings sollte man auch die kommunale Ebene verpflichten, eine zweisprachige Beschilderung an den Gebäuden vorzunehmen, da

sonst die Friesen den sehr aufwändigen Weg durch die kommunalen Institutionen gehen müssen, um eine zweisprachige Beschilderung durchzusetzen.

- § 4 Auch bei den Siegeln und Briefköpfen regt der Friesenrat an, die Bestimmungen verpflichtend zu regeln und eine entsprechende Übergangszeit für die kommunale Ebene zu bestimmen.
- § 5 Die Möglichkeit die friesischen Farben und das friesische Wappen zu nutzen, wird vom Friesenrat begrüßt.
- § 6 Die Selbstverpflichtung der Landesbehörden, die Aufstellung der zweisprachigen Ortsschilder zu fördern, wird vom Friesenrat ebenfalls begrüßt.
- § 7 Die Verkündung des Gesetzes auch in friesischer Sprache sieht der Friesenrat als besonderes Zeichen der Wertschätzung.

Unbesehen der Anregungen, die wir in dieser Stellungnahme gemacht haben, sind wir der Meinung, dass schon der derzeit vorhandene Gesetzentwurf als Meilenstein in der Minderheitenpolitik des Landes Schleswig-Holstein zu bezeichnen ist, weil er im Rahmen der Rechtssetzung endlich die Möglichkeiten für die Berücksichtigung des Friesischen im öffentlichen Raum schafft, die der friesischen Sprache und Kultur bisher verwährt waren. Sollte der Gesetzentwurf so wie vorliegend beschlossen werden, so hätte dies eine weithin sichtbare Anerkennung der friesischen Bevölkerungsgruppe und ihrer Sprache zur Folge, die auch in anderen Minderheitenregionen sicherlich ein positives Echo finden würde. **In diesem Sinne begrüßen wir den vorgelegten Gesetzentwurf und würden uns freuen, wenn der Gesetzentwurf vom Landtag beschlossen würde.**

Mit freundlichen Grüßen
Ma wanlike gröönise

gez. Ingwer Nommensen
(Vorsitzender/formoon)